



Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

31. Januar 2024

Yasmin Fahimi
DGB-Vorsitzende

Statement zur Jahrespressekonferenz 2024

Berlin, 31. Januar 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Jahrespressekonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbunds.

Wie schon vor einem Jahr befinden wir uns immer noch in herausfordernden Zeiten. Und erneut hat sich bestätigt, wie wichtig eine starke Gewerkschaftsbewegung gerade in unsicheren und spannungsreichen Zeiten ist. Wir sorgen dafür, dass sich die Menschen nicht schutzlos ausgeliefert fühlen müssen – auch dann nicht, wenn die Folgen von Kriegen und anderen internationalen Krisen unser Land erreichen.

In Zeiten der Spannungen und Unsicherheiten sorgen wir sehr konkret für Stabilität und Orientierung. Allein im vergangenen Jahr haben die DGB-Gewerkschaften für rund 11 Millionen Beschäftigte Tarifverträge neu verhandelt, in diesem Jahr werden es sogar 12 Millionen sein. Wir stabilisieren Einkommen und die inländische Nachfrage, und an vielen Standorten sichern wir auch Beschäftigung mit neu- und erstmalig abgeschlossenen Tarifverträgen, Standort- und Inversionsvereinbarungen.

Das ist unser Kerngeschäft: Solidarisch und gemeinsam mit den Beschäftigten kämpfen wir erfolgreich für gute Arbeit und ein gutes Leben. Das spüren und honorieren die Menschen.

Und das zeigen auch die Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften. Insgesamt können wir wieder ein Plus verzeichnen, trotz der schwierigen demographischen Entwicklung in manchen traditionell gewerkschaftsstarken Bereichen. Doch über alle Branchen hinweg ist die Zahl der Neueintritte unter den Beschäftigten besonders erfreulich: Sie hat sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 37 Prozent erhöht. Unsere Mitgliedsgewerkschaften konnten 437.000 Menschen davon überzeugen, dass mit uns einfach mehr drin ist. Mehr Lohn, mehr Freizeit und mehr Sicherheit! 437.000 Neumitglieder – das sind fast 1.200 Menschen, die sich täglich für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft entscheiden. Und zwar von Montag bis Sonntag. Insgesamt gehörten den DGB-Gewerkschaften zum Jahresende 2023 5.665.671 Menschen an. Solche Zustimmungswerte schafft keine andere Organisation in Deutschland.

Das deutsche Modell der Tarif- und Betriebspartnerschaft ist ein Erfolgsmodell. Nicht zuletzt in Zeiten von Krisen. Die Beschäftigten verstehen das und sie erleben es jeden Tag. Tarifverträge regeln Entgeltfragen, Arbeitszeiten, Personalbemessung, Weiterbildung und Altersvorsorge. Tarifverträge ermöglichen eine stabile Unternehmensplanung und sichern die Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Und sie sind viel besser geeignet, die unterschiedlichen Realitäten in den Betrieben und Branchen abzubilden, als es jede gesetzliche Regelung könnte.

Tarifverträge sind so flexibel wie unsere Arbeitswelt divers ist. Und wir Gewerkschaften stehen bereit, um passgenaue Lösungen und faire Löhne zu verhandeln. Denn die Alternative sind zentrale, staatliche Regelungen. Eben weil wir als Gesellschaft in einer verantwortlichen Marktwirtschaft keine ungeregelten Wild-West-Verhältnisse zulassen können und wollen.

Gegen alle Vernunft hat die Tarifbindung aber in Deutschland weiter abgenommen. Nur die Hälfte der Beschäftigten fallen heute noch unter den Schutz von Tarifverträgen. Deshalb brauchen wir jetzt eine Tarifwende.

Wir fordern ein eindeutiges, klares Signal an die Menschen in unserem Land, dass es 2024 einen Aufbruch für mehr Gerechtigkeit und Fairness in der Arbeitswelt geben wird. Wir erwarten von der Bundesregierung ein unmissverständliches ordnungspolitisches Signal, dass die Gestaltung der Arbeitswelt durch Tarifverträge der gewollte Standard in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist.

Versprochen wurde im Koalitionsvertrag eine Bundestariftreuregelung, die einen echten Beitrag zu einer stärkeren Tarifbindung leistet. Heute setzen FDP und Arbeitgeber alles daran, dieses Ziel über einen möglichst hohen Schwellenwert zu torpedieren. Wer Tariftreue nur bei Aufträgen über 50.000 Euro und mehr

für angemessen hält, der entzieht in Wirklichkeit staatliche Aufträge im Wert von zig Millionen Euro dem Tarifgebot.

Aus Sicht des DGB und seiner Gewerkschaften ist das völlig inakzeptabel. Denn Tariffucht verursacht heute schon einen volkswirtschaftlichen Schaden von 130 Mrd. Euro jedes Jahr. Das kann man den Menschen, den Beschäftigten, beim besten Willen nicht mehr erklären!

Ich fordere daher die Bundesregierung und die Ampelparteien auf, keine Mogelpackung zuzulassen. Das gilt auch für Schlupflöcher und Ausnahmen, wie sie etwa für Subunternehmer oder Start-ups diskutiert werden. Dieses enorm wichtige Gesetz für die Stabilität der Arbeits- und Lebensverhältnisse, für die Zustimmung zu unserer Demokratie und für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft darf nicht verwässert oder verzögert werden. Ich erwarte, dass das Gesetz noch im ersten Quartal dieses Jahres in voller Wirksamkeit verabschiedet wird.

Meine Damen und Herren,

auch in diesem Jahr werden wir uns wieder mit den politischen Kräften auseinandersetzen, die bewusst Verunsicherung streuen, um ein gesellschaftliches Klima der Angst und Aggression zwischen den Menschen zu schüren. Als DGB und Gewerkschaften werden wir uns dafür einsetzen, dass die Entscheidungen an der Wahlurne für ein Europa der Chancen und des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts ausfallen.

Wir wollen eine Politik, die sich solidarisch mit den Opfern von Kriegen und Krisen zeigt, die militärische und Handelskonflikte wo immer möglich entschärft. Wir wollen mehr Sicherheit und Stabilität für die Menschen in unserem Land und in ganz Europa.

Wenn die AfD oder andere von einem „Europa der souveränen Staaten“ fabuliert, dann ist das nichts anderes als Verschleierung. Dahinter verbirgt sich das politische Ziel, Wirtschaft und Handel radikal zu liberalisieren, also soziale und ökologische Standards loszuwerden, die heute für die ganze EU gelten. Das ist ein Programm des Rückschritts, das vor allem die Beschäftigten in ganz Europa teuer bezahlen würden – mit Wohlstandsverlusten, mit ihrem Arbeitsplatz und mit Fortschrittsverlusten.

Was wir brauchen, sind vielmehr Investitionen, die den Umstieg in eine klimagerechte Wirtschaft mit Beschäftigungsaufbau und neuem Wohlstand verbindet. Weder der Klimawandel noch Kriege oder Handelskonflikte, und schon gar nicht die Flüchtlingsfrage lassen sich mit Abschottung und nationalem Populismus lösen.

Auch mit Blick auf die anstehenden Wahlkämpfe, die vor uns liegen, sage ich sehr bewusst: Wir werden nicht zulassen, dass aus politischer Zuspitzung ein Klima der Hetze und Verleumdung wird. Wir werden uns einmischen, wenn die Bezieher von Bürgergeld gegen Beschäftigte ausgespielt werden, die zum Mindestlohn arbeiten. Die eigentlich berechnete Verteilungsdebatte ist nicht am unteren 5%-Rand zu führen, sondern am oberen. Die Verteilungsdebatte muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Und genauso werden wir uns einmischen, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen gegeneinandergehetzt und nach Haut, Herkunft, Geschlecht oder Glaube aufgeteilt werden sollen. Stattdessen kämpfen wir für mehr Miteinander und mehr Mitmenschlichkeit in einer toleranten, solidarischen und demokratischen Gesellschaft.

Jedem Versuch, uns ungleich in unseren Rechten zu machen, erklären wir eine klare Absage.

Lassen Sie mich noch deutlicher sagen: Der Kampf gegen den Faschismus ist nicht nur Teil unserer historischen DNA, weil wir es den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die ihr Leben für die Demokratie

ließen, schuldig sind – nein, wer die Beschäftigten versucht zu spalten, und wer einen Keil in die Belegschaften treibt, der stellt sich gegen unser unverrückbares Prinzip der Solidarität. Wir erkämpfen gemeinsam unsere Rechte und wir leben gemeinsam unsere Werte.

Meine Damen und Herren,

Eine Welle des Protestes der großen Mehrheit anständiger Menschen geht durch unser Land. Die vielen Kundgebungen der letzten Tage berühren mich nicht nur persönlich tief, es macht auch Mut. Wir haben die Chance, das Meinungsklima so zu drehen, dass AfD und Rechtsextremisten isoliert und entlarvt werden.

Es ist gut, dass der Bundespräsident am Montag uns Sozialpartner zusammengerufen hat, um auch uns als Teil der Verantwortungsgemeinschaft für die Demokratie noch einmal in die Pflicht zu nehmen. Es ist auch gut, dass sich in der vergangenen Woche bereits 50 Unternehmen glasklar in dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung um die Zukunft der Demokratie positioniert haben. Aber ich bin der festen Überzeugung, da geht noch mehr an Initiative und eindeutiger demokratischer Haltung.

Deshalb appelliere ich in Richtung der Arbeitgeber: Lassen Sie uns gemeinsam aufzeigen, welche schädlichen Folgen die Politik von Rechtsextremen und AfD hätte. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind bereit, gemeinsam mit den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden eine Brandmauer gegen neuen und alten Faschismus in den Betrieben zu errichten.

Und ja, auch unsere Bundesregierung kann und muss mehr tun. Nicht weil sie die derzeitigen Herausforderungen verschuldet hat, sondern weil sie nun mal da sind: Klimawandel, Krieg und Demografie sind kein Ergebnis dieser Bundesregierung. Aber sie kommen mit so großer Wucht, dass ein weitergehendes beherztes Handeln notwendig wird.

Ein solches politisches Handeln muss darauf abzielen, den Menschen Unsicherheit und Zukunftsängste zu nehmen. Das gilt für eine auskömmlich finanzierte Daseinsvorsorge ebenso wie für bezahlbaren Wohnraum und wettbewerbsfähige Industrien.

Als Gewerkschaften haben wir selbstverständlich ein großes Interesse daran, dass unser Land weiterhin attraktiv bleibt für industrielle Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in der Industrie. Aus diesem Grund begleiten wir in den Betrieben und Branchen den Wandel hin zu mehr Klimaneutralität.

Aus diesem Grund haben wir uns – nicht erst seit Herbst 2023 – an der Debatte zur Finanzierung der Transformation beteiligt. Unser ganzes Land leidet unter der anhaltenden Investitionsschwäche. Nicht zuletzt, weil die sogenannte Schuldenbremse genau das verhindert, was in Krisen so notwendig wäre: Investitionen.

Deshalb sollten wir sie auch so nennen: Investitionsbremse!

Etliche Wirtschaftsexperten raten klar und deutlich: Rücklagen bilden, wenn es läuft – und massiv investieren, wenn es nicht läuft. Die Realität in Deutschland sieht aber so aus: Wir investieren zu wenig, wenn es läuft und noch weniger, wenn es nicht läuft.

Von Adam Posen über Jacob Kirkegaard bis zu Adam Toose oder auch Prof. Monika Schnitzer vom Sachverständigenrat kommt die klare Aufforderung, die Investitionsbremse endlich zu lösen. Die halbe Welt hält uns für verrückt, dass wir immer noch ein antiquiertes Schuldenverständnis haben bei einer Staatsschuldenquote, die bald unterhalb 60% liegen wird.

Die Politik hat sich mit der Investitionsbremse selbst ein Bein gestellt: Sie macht sich handlungsunfähig. Wir erwarten von den politischen Verantwortlichen in unserem Land: seien sie vernünftig. Tun Sie jetzt, was für das Land notwendig ist – über alle parteipolitischen Differenzen hinweg.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auch 2024 die Schuldenbremse aussetzen müssen, nicht zuletzt, weil wir eine Verpflichtung gegenüber der Ukraine haben. Wir sollten bereit sein, in diesen schwierigen Zeiten auch kreative Lösungen ins Auge zu fassen. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Sondervermögen zur Finanzierung der benötigten Infrastruktur ein gutes und richtiges Signal wäre. Wir laden alle Verantwortlichen ein, das mit uns zu diskutieren und vernünftige Lösungen zu finden. Und wir werden nicht zuletzt die Wahlkämpfe in diesem Jahr nutzen, um von allen Parteien Antworten darauf einzufordern.

Denn eins kann ich Ihnen versichern: Wir Gewerkschaften werden unsere Organisations- und Meinungsmacht einbringen, um in Deutschland eine Investitionswende durchzusetzen.

Wir kämpfen gemeinsam mit den Beschäftigten für mehr Lohn, mehr Freizeit und mehr Sicherheit! Diese drei Leitlinien unsren Handelns sind gleichzeitig auch das Motto des Tags der Arbeit in diesem Jahr.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!